

DATEN, FAKTEN, WIRTSCHAFTS- FORSCHUNG

**BMW FÖRdert WIRTSCHAFTS-
WISSENSCHAFTLICHE INSTITUTE
MIT ÜBER 50 MILLIONEN EURO**

Corona, Klimawandel, Digitalisierung, demografischer Wandel – unsere Wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen werden zunehmend komplexer und globaler. Zu deren Bewältigung bedarf es transparenter und evidenzbasierter politischer Entscheidungsprozesse. Ohne sachkundige und wissenschaftlich fundierte Beratung lassen sich viele politische Entscheidungen heute kaum noch treffen. Durch systematische Analysen komplexer Zusammenhänge – häufig unter Nutzung granularer Unternehmens- und Haushaltsdaten –, liefert die Wissenschaft politischen Entscheidungsträgern eine wichtige Informationsbasis und leistet damit einen unverzichtbaren Beitrag zur Lösung wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Herausforderungen. Das BMWi unterstützt gezielt die Wirtschaftsforschung: Gemeinsam mit der Ländergemeinschaft fördert es insgesamt acht wirtschaftswissenschaftliche Einrichtungen institutionell.

WISSENSCHAFTSSTANDORT DEUTSCHLAND

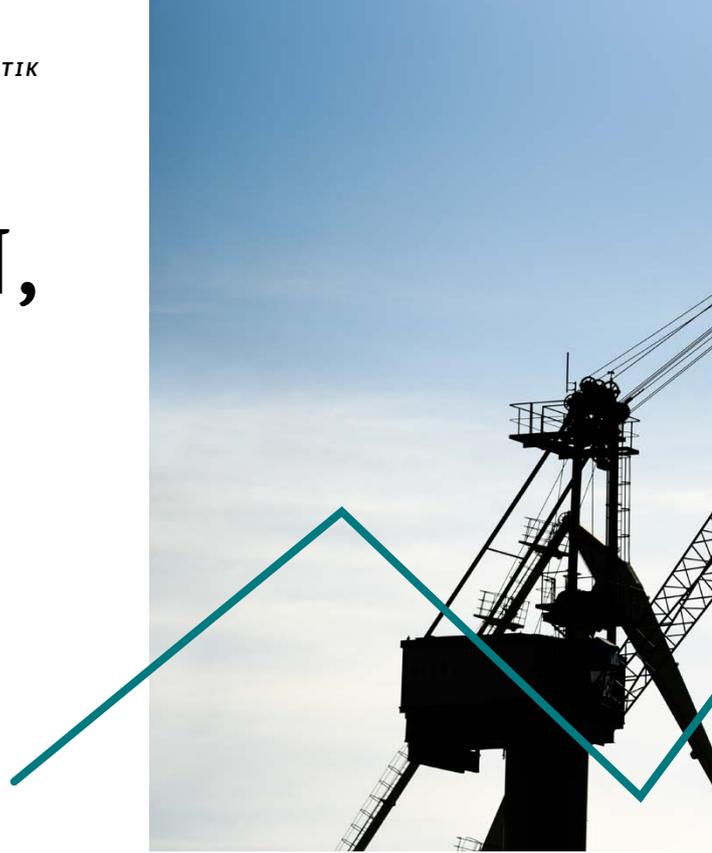
Investitionen in Forschung und Entwicklung (F&E) stärken den Wissenschaftsstandort Deutschland und bilden eine wichtige Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Laut Statistischem Bundesamt beliefen sich die Gesamtausgaben für F&E in Deutschland im Jahr 2019 auf 110 Mrd. Euro, und somit auf rund 3,2% des Bruttoinlandsproduktes. Davon entfielen 68,9% auf den Wirtschaftssektor, 17,4% auf Hochschulen und 13,7%

auf außeruniversitäre Forschungsorganisationen. Damit hat Deutschland erneut das Ziel übertroffen, mindestens 3% am BIP für Forschung und Entwicklung auszugeben, welches die EU in ihrer Wachstumsstrategie „Europa 2020“ festgelegt hatte.

Forschung in Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen wird in Deutschland überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert. Während die Hochschulen im Kompetenzbereich der Länder liegen, ist an der Förderung überregionaler außerhochschulischer Forschungseinrichtungen neben den Ländern auch der Bund beteiligt. Auf der Grundlage des Art. 91b des Grundgesetzes fördern Bund und Länder Forschungseinrichtungen wie die Max-Planck-Gesellschaft, die Leibniz-Gemeinschaft, die Helmholtz-Gemeinschaft und die Fraunhofer-Gesellschaft mit jeweils unterschiedlichen Förderquoten. Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz bildet dafür das zentrale Koordinierungs- und Entscheidungsgremium: Sie diskutiert und verabschiedet Programme zur Wissenschaftsförderung und beschließt die Haushalte der außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen. Der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz gehören die Wissenschaftsministerinnen und -minister sowie die Finanzministerinnen und -minister von Bund und Ländern an.

IN KÜRZE

Fundierte Analysen und Informationen liefern eine wichtige Grundlage für Entscheidungen in der Politik.





RUND
3,2 %

der Wirtschaftsleistung fließen in
Forschung und Entwicklung.

PLANUNGSSICHERHEIT FÜR DIE WISSENSCHAFT

Für Spitzenforschung und evidenzbasierte Politikberatung sind nicht nur finanzielle und personelle Ressourcen unabdingbar, sondern auch eine mehrjährige Planungssicherheit. Dafür verabschieden Bund und Länder regelmäßig Leitbeschlüsse, wonach die Fördervolumina für die außerhochschulischen Einrichtungen über längere Zeiträume hinweg einen jährlichen festen Anstieg erhalten. Im Jahr 2005 wurde erstmals der Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Seit 2021 gilt nun der PFI IV, der vorsieht, die Grundförderungen der einzelnen Institute bis 2030 jährlich pauschal um 3 % zu steigern. Konkrete Zusatz- und Mehrbedarfe, wie beispielsweise der Aufbau neuer Forschungsabteilungen oder größere Bauprojekte, können darüber hinaus gesondert bewilligt werden.

IN KÜRZE

Die Grundförderungen der Institute sollen bis 2030 um jährlich 3 % steigen.

Die Wissenschaftsorganisationen verpflichten sich im Gegenzug, das Wissenschaftssystem und die Forschungsinfrastrukturen dynamisch weiterzuentwickeln, den Wissenschaftstransfer in Wirtschaft und Gesellschaft zu stärken, die besten Köpfe zu gewinnen und die Wissenschaft weiter zu vernezen. Darüber hinaus sind die Institute angehalten, zusätzlich private und öffentliche Drittmittel zur Finanzierung konkreter Projekte und Forschungsvorhaben einzuwerben. Mit dem PFI IV verfolgen Politik und Wissenschaft das Ziel, den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Deutschland nachhaltig zu stärken und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter zu verbessern. Bereits heute kann sich das deutsche Wissenschaftssystem sehen lassen: Es ist international sichtbar und konkurrenzfähig.

FÖRDERUNG DER WIRTSCHAFTS- FORSCHUNG

Auch für das BMWi ist eine evidenzbasierte Politik von zentraler Bedeutung. Moderne Wirtschaftspolitik erfordert eine problemorientierte Diskussion auf Basis wissenschaftlicher Fakten und empirisch fundierter Erkenntnisse. Das BMWi finanziert und betreut daher bundesseitig die wirtschaftswissenschaftlichen Institute der Leibniz-Gemeinschaft, der derzeit 96 eigenständige Forschungs- und Infrastruktureinrichtungen der Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften sowie der Wirtschafts-, Sozial- und Geisteswissenschaften angehören (Tabelle, nächste Seite).

Rechtliche Grundlage für die Förderung der Leibniz-Institute ist die Ausführungsvereinbarung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz: Gefördert werden nur Einrichtungen von überregionaler Bedeutung und von gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischem Interesse. Bund und Länder überprüfen in einem Turnus von maximal sieben Jahren, ob diese Voraussetzungen weiterhin gegeben sind. Eine wichtige Entscheidungsgrundlage bilden dabei unabhängige externe →



3 FRAGEN AN

PROF. DR.-ING. MATTHIAS KLEINER
PRÄSIDENT DER LEIBNIZ-GEMEINSCHAFT

WAS WÜNSCHEN SIE SICH VON DER NEUEN REGIERUNG FÜR DIE WISSENSCHAFT?

Eine kooperative Forschungspolitik mit klaren und mutigen Zukunftsperspektiven.

WIE TRAGEN DIE WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHEN FORSCHUNGSINSTITUTE ZUM UMGANG MIT KLIMAWANDEL UND DIGITALISIERUNG BEI?

Die Leibniz-Wirtschaftsforschungsinstitute analysieren die Energie- und Klimapolitik hinsichtlich ihrer Wirksamkeit. Sie untersuchen beispielsweise, wie Ressourcen effizient eingesetzt und CO₂-Bepreisung, Strommarktdesign oder Förder- und Finanzierungsinstrumente für eine klimafreundliche Volkswirtschaft ausgestaltet werden können. Bei der Digitalisierung betrachten sie branchenspezifische Unterschiede, innovations- und produktionsfördernde Aspekte sowie den Wandel der Arbeitswelt. Ihre Erkenntnisse stellen die Leibniz-Institute im Rahmen von Politik- und Gesellschaftsberatung allgemein zur Verfügung.

WIE KÖNNEN QUALIFIZIERTE WISSENSCHAFTLICHE NACHWUCHSKRÄFTE GEWONNEN UND GEHALTEN WERDEN?

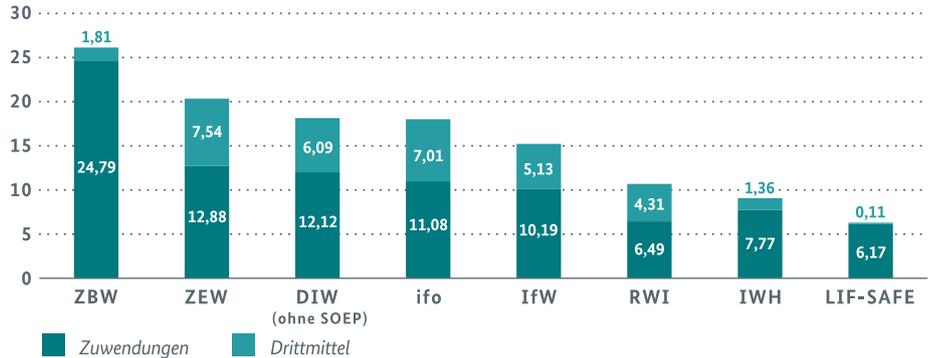
Die Basis sind natürlich attraktive Arbeitsbedingungen bei Vergütung, Betreuung, Institutskultur oder der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir verstehen Karrieren als dynamischen Prozess, den es bestmöglich zu begleiten gilt. Dazu tragen wir mit unserer institutsübergreifenden Leibniz-Akademie für Führungskräfte bei, die Angebote zur persönlichen Weiterentwicklung und als Navigationshilfe im täglichen Führungsalltag bereits für Leiterinnen und Leiter von Nachwuchsgruppen macht. —

GEFÖRDERTE INSTITUTE (BUND-LÄNDER-ZUWENDUNGEN 2020):

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)	
Rechtsform	eingetragener Verein
Präsident	Prof. Marcel Fratzscher, PhD
Zuwendungen (ohne SOEP)	12,1 Mio. €
Mitarbeitende (ohne SOEP)	264
ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München	
Rechtsform	eingetragener Verein
Präsident	Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest
Zuwendunge (ohne ifo Dresden)	11,1 Mio. €
Mitarbeitende	207
Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)	
Rechtsform	Stiftung des Landes Schleswig-Holstein
Präsidenschaft (kommissarisch)	Wird in Kürze bekanntgegeben
Zuwendungen	10,2 Mio. €
Mitarbeitende	160
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)	
Rechtsform	eingetragener Verein
Präsidenschaft	Prof. Reint E. Gropp, PhD
Zuwendungen	7,8 Mio. €
Mitarbeitende	100
Leibniz-Institut für Finanzmarktforschung SAFE	
Rechtsform	eingetragener Verein
Präsidenschaft	Prof. Dr. Jan Pieter Krahen
Zuwendungen	6,2 Mio. €
Mitarbeitende	51
RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung	
Rechtsform	eingetragener Verein
Präsidenschaft	Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph M. Schmidt
Zuwendungen	6,5 Mio. €
Mitarbeitende	124
ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim	
Rechtsform	GmbH
Präsidenschaft	Prof. Achim Wambach, PhD
Zuwendungen	12,9 Mio. €
Mitarbeitende	208
ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft	
Rechtsform	Stiftung des Landes Schleswig-Holstein
Direktor	Prof. Dr. Klaus Tochtermann
Zuwendungen	24,8 Mio. €
Mitarbeitende	268

BUND-LÄNDER-FÖRDERUNG UND DRITTMITTEL DER WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHEN LEIBNIZ-INSTITUTE IM JAHR 2020

in Mio. € (gerundet)



Die Niederlassung Dresden des ifo-Instituts wird vom Freistaat Sachsen außerhalb der hier dargestellten staatlichen Grundfinanzierung nach Art. 91 b GG mit 750.000 Euro gesondert gefördert.

Quellen: GWK, Institute, BMWi

Evaluierungsergebnisse, die berücksichtigen, wie sich die jeweilige Einrichtung inhaltlich und strukturell entwickelt hat und inwieweit ihre Planungen für die Zukunft überzeugen.

Aus der gemeinsamen Bund-Länder-Förderung erhielten die acht wirtschaftswissenschaftlichen Leibniz-Institute im vergangenen Haushaltsjahr insgesamt knapp 92 Mio. Euro, davon rund 52 Mio. Euro aus dem Haushalt des BMWi. Seit 2010 ist das Gesamtfördervolumen für die Grundhaushalte der wirtschaftswissenschaftlichen Leibniz-Institute um durchschnittlich rund 3 % pro Jahr gestiegen. Mit der Förderung bezwecken Bund und Länder, der Öffentlichkeit und wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern qualitativ hochwertige Forschungs-, Beratungs- und Serviceleistungen zur Verfügung zu stellen.

AUSBAU DER FINANZMARKTFORSCHUNG

Aktuell fördert das BMWi insbesondere die Stärkung der Finanzmarktforschung in Deutschland: Unter dem Dach der Leibniz-Gemeinschaft soll ein international sichtbares Forschungsnetzwerk zu Finanzmarktthemen auf- und ausgebaut werden. Dazu wurde 2020 das Frankfurter Institut SAFE („Sustainable Architecture for Finance in Europe“) neu in die Leibniz-Gemeinschaft und somit in die gemeinsame Bund-Länder-Förderung aufgenommen.

Mit dem Finanzmarktnetzwerk verfolgen Bund und Länder das Ziel, die Interaktion von Finanzmärkten und Realwirtschaft besser zu verstehen und so globale Wirtschafts- und Finanzmarkt-

krisen künftig besser bewältigen zu können. Darüber hinaus soll das Netzwerk die internationale Sichtbarkeit der deutschen Finanzmarktforschung erhöhen und die Politikberatung zu Finanzmarktthemen verbessern, insbesondere zur Digitalisierung der Finanzmärkte.

Vom Geschäftsklimaindex über Forschungsfragen zu Wachstum, Produktivität und Ungleichheit, der Digitalisierung und Globalisierung bis hin zu Gesundheits- und Umweltthemen: Die vom BMWi geförderten Wirtschaftsforschungsinstitute grenzen sich in ihren Forschungsprofilen voneinander ab und decken so eine breite Palette an wirtschaftswissenschaftlichen Schwerpunktthemen ab. Die jeweiligen Forschungsexpertisen der Institute laufen in gemeinsamen Projektgruppen und Forschungsgutachten zusammen; so beispielsweise in vom BMWi organisierten Fachdialogen mit Expertinnen und Experten der wirtschaftswissenschaftlichen Institute oder der vom BMWi vergebenen Gemeinschaftsdiagnose zur Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, an der derzeit fünf der wirtschaftswissenschaftlichen Leibniz-Institute beteiligt sind. —

IN KÜRZE

Die Institute decken eine breite wirtschaftswissenschaftliche Themenpalette ab.

KONTAKT

JULIA PLÖTZ
Referat: Wirtschafts- und strukturpolitische Forschung

schlaglichter@bmwi.bund.de